



152.15.12 Stadtparlament: Interpellationen

Interpellation SVP-Fraktion „Soziale Dienste der Stadt St.Gallen: Fragen zur Sozialhilfe, zu Sozialausgaben und zur KES-Behörde“; schriftlich

Die SVP-Fraktion, vertreten durch sechs der neun Fraktionsmitglieder, reichte am 19. Mai 2015 den beiliegenden, als Interpellation bezeichneten Vorstoss "Soziale Dienste der Stadt St.Gallen: Fragen zur Sozialhilfe, zu Sozialausgaben und zur KES-Behörde" ein.

Der Stadtrat beantwortet den Vorstoss wie folgt:

1 Ausgangslage

Das Stadtparlament hat am 28. April 2015 das Postulat von Michael Hugentobler (CVP), Daniel Weder (glp) und Marcel Rotach (FDP) sowie 35 mitunterzeichnenden Mitgliedern des Stadtparlaments vom 18. März 2015 mit folgendem Auftrag erheblich erklärt: „Der Stadtrat wird beauftragt, dem Stadtparlament einen Bericht vorzulegen, der den heutigen Stand, die Entwicklung, aber auch die künftigen Herausforderungen der Sozialhilfe in der Stadt mit ihren vielfältigen Aufgaben beleuchtet, und gegebenenfalls Anträge zu stellen.“

In seiner Vorlage an das Stadtparlament vom 31. März 2015¹ mit dem Antrag auf Erheblich-erklärung des Postulats hat der Stadtrat klar zum Ausdruck gebracht, dass er dem Parlament einen umfassenden Bericht zur Sozialhilfe vorlegen will: „Der Stadtrat beschäftigt sich seit geraumer Zeit mit diesem wichtigen Thema und bringt sich in die laufende Diskussion ein. Er sieht in bestimmten Bereichen einen Revisionsbedarf. (...) Der Stadtrat anerkennt die Notwendigkeit, dem Stadtparlament einen Bericht vorzulegen, der den heutigen Stand, die Entwicklung, aber auch die künftigen Herausforderungen der Sozialhilfe in der Stadt mit ih-

¹ Vorlage Nr. 2905.



ren vielfältigen Aufgaben beleuchtet.“ Der zuständige Direktor Soziales und Sicherheit hat betont, dass dieses gesellschafts- und wirtschaftspolitische Thema sorgfältig und transparent dargestellt werden muss.

Vor diesem Hintergrund wurde am 19. Mai 2015, also zwei Monate nach Einreichung und knapp einen Monat nach der Erheblicherklärung des Postulats vom 28. April 2015, der vorliegende Vorstoss zur selben Thematik eingereicht.

1.1 Zulässigkeit des Vorstosses

Obwohl das für die Einreichung einer Interpellation notwendige Quorum von mindestens fünf unterzeichnenden Mitgliedern des Stadtparlaments erreicht wurde, ist der Vorstoss nach Ansicht des Stadtrats aus mehreren Gründen nicht als Interpellation zu qualifizieren.² Diese Beurteilung stützt sich sowohl auf den quantitativen Umfang der Fragen als auch auf den qualitativen Gehalt des Vorstosses.³ Der als Interpellation bezeichnete Vorstoss bezweckt, auf der Grundlage der zahlreichen Fragen „Probleme zu identifizieren und anzupacken“, weil „die Kosten im Bereich ‚Soziales‘ aus dem Ruder laufen“ würden.⁴ Mit der Erwartung, dass vom Stadtrat weit über Hundert (Teil-)Fragen zu beantworten sind, hätten die Interpellanten ein Postulat einreichen müssen, dessen Beantwortung von der Mehrheit des Parlaments verlangt werden muss. Der Stadtrat anerkennt indessen, dass die vorliegende Interpellation verschiedene Aspekte im Bereich der Sozialhilfe thematisiert, die vertieft untersucht werden sollen. Insbesondere teilt der Stadtrat die Meinung, dass die Transparenz bei der städtischen Rechnungslegung zur Sozialhilfe verbessert werden muss.

Unzutreffend ist allerdings der Hinweis der Interpellanten, die Herausgabe detaillierter Zahlen wäre verweigert worden. Auch für den Bereich der Sozialhilfe gelten die einschlägigen Normen des Daten- und Persönlichkeitsschutzes. Der erstunterzeichnende Interpellant als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission (GPK) sowie die gesamte SVP-Fraktion sind im Besitz detaillierter Zahlen, die indessen keine Rückschlüsse auf Einzelpersonen zulassen (dürfen).

1.2 Doppelspurigkeit des Vorstosses

Mit ihrem Vorstoss wollte die SVP-Fraktion „da das Thema wichtig ist, [...] in Ergänzung zum Postulat eine zusätzliche Interpellation ein[reichen], damit das Parlament und die Bevölkerung ein ganzheitliches Bild erhalten und das Parlament aufgrund dieser Antworten im An-

² Art. 74 Abs. 2 des Geschäftsreglements des Stadtparlaments vom 14. September 2004 (sRS 151.1; abgekürzt GschRStParl).

³ Jedes Mitglied des Stadtparlaments kann gemäss Art. 74 Abs. 1 GschRStParl verlangen, dass der Stadtrat im Stadtparlament Auskunft über einen Gegenstand der Stadtverwaltung erteile. Damit ist der Inhalt bzw. Umfang einer Interpellation grundsätzlich vergleichbar mit jenem einer Einfachen Anfrage (vgl. Art. 81 Abs. 1 GschRStParl). Im Gegensatz zur Einfachen Anfrage erlaubt aber die Interpellation die Erklärung des erstunterzeichnenden Mitglieds des Stadtparlaments, ob die stadträtliche Antwort als befriedigend beurteilt wird. Zudem kann von mindestens 15 Mitgliedern des Stadtparlaments die Diskussion über die Beantwortung verlangt werden (Art. 79 Abs. 1 und Abs. 3 GschRStParl).

⁴ Parlamentarischer Vorstoss „Soziale Dienste der Stadt St.Gallen: Fragen zur Sozialhilfe, zu Sozialausgaben und zur KES-Behörde“, S. 1.



schluss allfällige Probleme identifizieren und lösen kann.“⁵ Die offenbar beabsichtigte „Ergänzung“ des Postulats durch eine „Interpellation“ überzeugt in verschiedener Hinsicht nicht. Einerseits besteht für die Beantwortung des Postulats aufgrund des umfangreichen Berichtsauftrages eine andere Frist als für eine Interpellation, andererseits sind die Fragen teilweise offensichtlich redundant. Vor dem Hintergrund des oben erläuterten stadträtlichen Antrags auf Erheblicherklärung des Postulats und des parlamentarischen Auftrags zur Erstellung eines umfassenden Berichts können viele in der Interpellation gestellte Fragen abgehandelt werden.

Stadtrat und Verwaltung legen gegenüber dem Parlament, der GPK sowie der Öffentlichkeit bei verschiedener Gelegenheit Rechenschaft über die Verwaltungstätigkeit ab: Geschäftsbericht, Rechnung, Budget, Differenzbegründungen, Fragen der GPK-Subdelegation etc. Im Rahmen dieser ordentlichen Berichterstattung wurden insbesondere den Mitgliedern der GPK und des Parlaments umfangreiche Informationen u.a. zur Sozialhilfe zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus werden in einem Bericht der Städteinitiative Sozialpolitik seit 16 Jahren Kennzahlen zu den Entwicklungen in der Sozialhilfe in 13 Schweizer Städten, darunter auch St.Gallen, publiziert.⁶ Ziel dieser regelmässigen Berichterstattung ist es, die Entwicklungen auf städtischer Ebene vergleichend und in einer längerfristigen Optik darzustellen, sowie auf die spezifische Situation einzelner Städte (Bevölkerungszusammensetzung, Region, Arbeitsmarkt) einzugehen.

1.3 Fazit

Weil der oben erwähnte, zeitgleich dem Stadtparlament zugeleitete Postulatsbericht einen erheblichen Teil der im vorliegenden Vorstoss dargelegten Fragen nicht nur beantwortet, sondern auch in den sachlich richtigen Kontext stellt, erübrigt es sich nach Ansicht des Stadtrats, die Frage der Zulässigkeit vertieft durch das Präsidium des Stadtparlaments prüfen zu lassen.⁷

2 Zu den einzelnen Fragen

Die weit über 100 Fragen in der Interpellation werden aus verschiedenen Gründen (teilweise) nicht beantwortet: Es besteht die Gefahr, dass einem unverhältnismässigen Aufwand ein geringer Erkenntnisgewinn gegenübersteht, zumal das verfügbare bzw. aufbereitete Datenmaterial nicht ausreicht, um alle Fragen zu beantworten. Ausserdem erweisen sich viele Fragen mit Blick auf den Daten- und Persönlichkeitsschutz als problematisch. Vor dem Hin-

⁵ Parlamentarischer Vorstoss der SVP-Fraktion, S. 1.

⁶ Einsehbar unter: http://staedteinitiative.ch/cmsfiles/staedteinitiative_kennzahlenbericht_2014_def.pdf.

⁷ Vgl. Art. 62 Abs. 2 GschRStParl.



tergrund der bereits erwähnten Doppelspurigkeit der beiden Vorstösse wird nachfolgend jeweils auf den Postulatsbericht referenziert.

Frage 1

Die Interpellanten möchten im Wesentlichen die Zusammensetzung der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger erfahren und wissen, wie viele Personen / Familien den Weg in den letzten Jahren aus der Sozialhilfe gefunden haben. Zunächst ist festzuhalten, dass zu den Personengruppen, die beim Eintritt in die Sozialhilfe ein hohes Risiko haben, längere Zeit Sozialhilfe zu beziehen oder sogar auf einen Dauerbezug angewiesen zu sein, insbesondere ältere Personen im erwerbsfähigen Alter (über 55 Jahren), Alleinerziehende (meistens Frauen) und Personen ohne berufliche Qualifikationen zwischen 36 und 55 Jahren sowie Familien mit mehreren Kindern gehören.⁸ Im Betrachtungszeitraum von 2005 bis 2014 haben grössere Verschiebungen insbesondere bei folgenden Personengruppen stattgefunden: Alleinstehende Frauen (+ 22.87 Prozent), Väter mit Kindern (+ 26.92 Prozent) sowie Kinder und Jugendliche (+ 19.74 Prozent).⁹ Der Bestand in der Personenkategorie Asylsuchende / Flüchtlinge hat sich von 2009 bis 2014 um 125 Prozent erhöht, jener der ausländischen Personen ist um gut 28 Prozent gestiegen.¹⁰

Für Personen mit einem längeren Sozialhilfebezug wird es immer schwieriger, den Weg aus der Sozialhilfe zu finden. Eine sogenannte „Ablösung“ ist vor allem im ersten Unterstützungsjahr möglich.¹¹ Der Vergleich, wie sich die Anteile innerhalb der verschiedenen Bezugsdauern entwickeln, ausgedrückt in Prozenten aller Fälle (Gruppe 1: Dauer kürzer als 1 Jahr, Gruppe 2: Dauer kürzer als 3 Jahre, Gruppe 3: Dauer länger als 3 Jahre), zeigt was folgt: Die Anteile jener Fälle, die der Gruppe 3 zuzuordnen sind, nehmen seit dem Jahr 2005 kontinuierlich und deutlich zu. Die Differenz des Wertes aus dem Jahr 2005 (26.9 Prozent) zum Wert des Jahres 2014 (37.9 Prozent) macht 11 Prozentpunkte aus. Ursachen dafür sind unter anderem: fehlende berufliche Qualifikationen, Alter und Erkrankungen.¹²

Einzelne (Teil-)Fragen, die in Frage 1 der Interpellation gestellt werden, werden im Postulatsbericht nicht detailliert beleuchtet, da diese (wenn überhaupt) nur mit einem unverhältnismässig grossen Aufwand beantwortet werden könnten. Der damit verbundene Erkenntnisgewinn wäre aber gering. Zudem sind die Begriffe „soziografisch“, „demografisch“ und „kulturell“ in Frage 1 nicht sauber definiert bzw. unscharf, weshalb eine Beantwortung schon aus diesem Grund nicht möglich ist.

⁸ Vgl. Postulatsbericht, Ziff. 9.3.6.

⁹ Vgl. Postulatsbericht, Ziff. 9.4.1.

¹⁰ Vgl. Postulatsbericht, Ziff. 9.4.2.

¹¹ Vgl. Postulatsbericht, Ziff. 9.3.5.

¹² Vgl. Postulatsbericht, Ziff. 9.1.3.5.



Frage 2

Es sollen Aussagen zu zweckentfremdeten oder zu Unrecht bezogenen Sozialhilfeleistungen gemacht werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialen Dienste (SDS) informieren die unterstützten Personen umfassend über ihre Rechte und Pflichten sowie über die Rechtsfolgen von Fehlverhalten. Die SDS wenden seit 2008 Missbrauchsrichtlinien („Massnahmen zur Verhinderung und Vorgehen bei Missbrauchsfällen in der Sozialhilfe“) an, die Missbrauchsfälle in der Sozialhilfe verhindern sollen und dafür sorgen, dass lediglich diejenigen Personen finanziell unterstützt werden, die tatsächlich Anspruch auf Unterstützung haben.

Die SDS prüfen bei begründeten Zweifeln an der Richtigkeit oder Vollständigkeit der Angaben aufgrund von verschiedenen Informations- und Meldepflichten und auch bei jeder Form eines Missbrauchs, der aufgedeckt wird, ob die Voraussetzungen für eine strafrechtliche Verfolgung gegeben sind. Bereits im Verdachtsfall wird Antrag auf Strafverfolgung durch die Staatsanwaltschaft gestellt, was den Einsatz von Sozialhilfeinspektoren entbehrlich macht. Ergeben sich aufgrund der zur Anwendung gebrachten Kontrollinstrumente Missbräuche bzw. Verstösse, werden diese sanktioniert und die zu Unrecht bezogenen Leistungen zurückgefordert.¹³

Frage 3

Es sollen Sanktionierungsmöglichkeiten und Sanktionierungswirkungen aufgezeigt werden. Das kantonale Sozialhilfegesetz¹⁴ nennt in Art. 17 die Sachverhalte ungenügender Mitwirkung. Finanzielle Sozialhilfe wird verweigert, gekürzt oder eingestellt, wenn die hilfesuchende Person insbesondere keine oder unrichtige Auskünfte erteilt, verlangte Unterlagen nicht einreicht, Bedingungen und Auflagen missachtet oder wenn sie ihren Fähigkeiten entsprechende Arbeit ablehnt. Das Sanktionierungssystem in der Sozialhilfe untersteht den allgemeinen verwaltungsrechtlichen Prinzipien (Gesetzmässigkeit, Grundsatz der Rechtsgleichheit, Grundsatz von Treu und Glauben, Verhältnismässigkeit).

Wenn eine betroffene Person sich weigert, die zur Bedarfsbemessung notwendigen Angaben und Dokumente beizubringen oder die Unterlagen nach mehrmaliger Aufforderung nicht vollständig vorliegen, wird auf das Sozialhilfegesuch nicht eingetreten.

Bei Pflichtverletzungen wie Nichteinhaltungen von Weisungen, Bedingungen und Auflagen kürzten die SDS die Sozialhilfeleistungen bislang bis 15 Prozent¹⁵, seit 1. Januar 2016 um maximal 30 Prozent je nach Umständen für die Dauer von maximal zwölf Monaten. Die Massnahme kann um jeweils höchstens weitere zwölf Monate verlängert werden, sofern

¹³ Vgl. Postulatsbericht, Ziff. 8.6.

¹⁴ Sozialhilfegesetz vom 27. September 1998 (sGS 381.1; abgekürzt SHG).

¹⁵ Bis 31. Dezember 2015.



die materiellen Kürzungsvoraussetzungen weiterhin gegeben sind und ein neuer Entscheid getroffen wird. Leistungskürzungen werden mithin dann vorgenommen, wenn eine unterstützte Person nur mangelhaft mit den SDS kooperiert, wenn die Integrationsanstrengungen ungenügend sind oder wenn die sozialhilferechtliche Unterstützung unrechtmässig bezogen wurde.¹⁶

Die Leistung von Sozialhilfe kann im Extremfall auch vollständig eingestellt werden, namentlich dann, wenn sich die unterstützte Person weigert, eine ihr zumutbare und konkret zur Verfügung stehende Arbeitsstelle anzunehmen. Im Rahmen der Diskussion um die Anpassung der SKOS-Richtlinien¹⁷ wurde entschieden, die Sanktionsmöglichkeiten bis auf 30 Prozent zu erweitern.

Fragen 4 bis 6

In Frage 4 werden teilweise sehr detaillierte Angaben betreffend verschiedene Brutto-Ausgaben verlangt. Von Interesse sind die Kosten der letzten fünf Jahre und in den einzelnen Jahren immer die Totalausgaben, die maximalen, die durchschnittlichen Ausgaben für Einzelpersonen und die maximalen sowie die durchschnittlichen Ausgaben aggregiert auf einzelne Familien (Fälle). Diese Angaben hätten die Interpellanten gerne betreffend einer Vielzahl von Positionen (wiederum unterteilt in Teilfragen), die unter lit. a bis s aufgeführt werden. Der Postulatsbericht geht auf Teilfragen ein, namentlich enthält dieser Erläuterungen zur materiellen Grundsicherung, zum Grundbedarf für den Lebensunterhalt, zur medizinischen Grundversorgung, zu den Wohnungsmietkosten und zu situationsbedingten Leistungen.¹⁸ Eine weitergehende Analyse der Daten wäre einerseits mit Blick auf den hierfür benötigten Aufwand unverhältnismässig. Andererseits wäre durch jene Auswertung kein relevanter Erkenntnisgewinn zu erwarten.

Überdies sprengen die Fragen 4 bis 6 den Rahmen des mit einer Interpellation Zulässigen deutlich. Die Beantwortung der Fragen 5 und 6 wäre zudem mit Blick auf den Daten- und Persönlichkeitsschutz problematisch. Schliesslich bestünde bei deren Beantwortung eine erhebliche Gefahr von Fehlinterpretationen, vor allem dann, wenn (anonymisierte) individuell gelagerte Fälle beispielhaft genannt würden.

¹⁶ Vgl. Postulatsbericht, Ziff. 8.7.

¹⁷ Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) publiziert Richtlinien, welche den Charakter von Empfehlungen haben. Die SKOS bezweckt, angesichts der Vielfalt der Ausgestaltung des Existenzminimums trotzdem eine gesamtschweizerische Unterstützungspraxis zu fördern, insbesondere im Bereich der materiellen Unterstützung. Die SKOS-Richtlinien dienen als Referenz für die Rechtsprechung, bieten Gewähr für mehr Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit, lassen aber auch Spielraum für einzelfall- und bedürfnisgerechte Lösungen zu.

¹⁸ Vgl. Postulatsbericht, Ziff. 8.1 ff.



Frage 7

Die Interpellanten interessieren sich für Freibeträge beim Vermögen und Einkommen sowie bei Genugtuungs- und Integritätsentschädigungen. Die SDS orientieren sich diesbezüglich an den Empfehlungen in den SKOS-Richtlinien.¹⁹

Frage 8

Die Interpellanten stellen Fragen nach den Kosten, welche von Dritten im Bereich der Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen in Rechnung gestellt werden. Das seit Januar 2013 geltende neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht sieht vor, dass die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) ihre Entscheide zu anordnenden Massnahmen unabhängig fällt sowie die entsprechenden Mandate für deren Vollzug an die Berufsbeistandschaft überträgt. Somit nehmen die SDS keinerlei Einfluss auf diese jeweiligen Entscheide, sondern haben lediglich die finanziellen Mittel für die von der KESB beschlossenen Massnahmen bereitzustellen. Die Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KOKES) hat Empfehlungen zum Einbezug von Sozialhilfebehörden in die Entscheidungsfindung der Kindesschutzorgane veröffentlicht, in denen die Autonomie der KESB von der Sozialhilfebehörde bekräftigt wird.²⁰

Betreffend die Kosten der Sozialpädagogischen Familienbegleitung zeigt sich, dass sie von 2010 bis 2014 schwankend sind, wobei sich im Beobachtungszeitraum das Jahr 2014 hinsichtlich der hohen Kosten eher als atypisch beschreiben lässt.²¹ Weitergehende Informationen als jene, welche dem Postulatsbericht zu entnehmen sind, wären nur mit einem unverhältnismässig hohen Aufwand aufzubereiten, ohne dass damit ein Erkenntnisgewinn verbunden wäre.

Frage 9

Es werden namentlich Fragen hinsichtlich der jeweiligen Tagessätze in Heimen, Sonderschulen und Jugendanstalten gestellt. Es muss unterschieden werden: Bedürftige Personen, die sich im Straf- und Massnahmenvollzug befinden, werden mit Ausnahme einzelner medizinischer Nebenkosten nicht von der finanziellen Sozialhilfe unterstützt; zuständig für sie ist die Strafrechtspflege. Bei bedürftigen Personen in stationären Einrichtungen übernehmen die SDS beispielsweise die monatlichen Heimkosten, die sich über den Tagesan-

¹⁹ Vgl. SKOS-Richtlinien (Richtlinien für die Ausgestaltung und Bemessung der Sozialhilfe, 04/05), Abschnitte E.1 und E.2. Behandelt werden dort unter anderem die Grundsätze zu den Freibeträgen und zu Leistungen aus Genugtuung und Integritätsentschädigungen. Für Einzelpersonen beträgt der empfohlene Vermögensfreibetrag zum Beispiel CHF 4'000, für Ehepaare CHF 8'000, für jedes minderjährige Kind CHF 2'000, jedoch maximal pro Familie CHF 10'000; zu den Richtlinien im Einzelnen: <http://skos.ch/skos-richtlinien/richtlinien-konsultieren/>.

²⁰ Vgl. Postulatsbericht, Ziff. 8.4.

²¹ Vgl. Postulatsbericht, Ziff. 8.4.



satz der jeweiligen Einrichtung multipliziert mit der Zahl der Aufenthaltstage der untergebrachten Person berechnen. An die Stelle des Grundbedarfs für den Lebensunterhalt gewähren die SDS eine Pauschale für die Nebenkosten von 300 Franken pro Monat zur Deckung der nicht in den Heimkosten enthaltenen Ausgabepositionen.²²

Die SDS halten sich bei der Beurteilung der Höhe von Tagessätzen der verschiedenen Einrichtungen an Empfehlungen des Amtes für Soziales des Kantons St.Gallen, das als IVSE-Verbindungsstelle²³ wirkt sowie aufsichtsrechtliche Funktionen innerhalb der sozialen Einrichtungen wahrnimmt.²⁴

Keine der Klientinnen und Klienten aus St.Gallen werden im Ausland therapiert. Die Frage, ob diesbezügliche Kosten durch die Stadt getragen werden, stellt sich daher nicht.

Frage 10

Von Interesse ist, ob der Aufenthaltsstatus von Sozialhilfeempfängern und -empfängerinnen überprüft wird. Es ist nochmals in aller Deutlichkeit darauf hinzuweisen, dass die Sozialhilfe verschiedene Kontrollinstrumente und Sanktionsmöglichkeiten kennt. Die SDS halten sich an diese Vorgaben. Zu den Kontrollinstrumenten gehören regelmässige Überprüfungen der Bedürftigkeit, Prüfungen von eingereichten Unterlagen und auch regelmässige Abfragen der Datenbanken von Einwohneramt, Ausgleichskasse, Sozialversicherung und Motorfahrzeugkontrolle. Namentlich wird auch der jeweilige Aufenthaltsstatus einer Person überprüft. Wer das System der Sozialhilfe missbraucht, hat mit entsprechenden Sanktionen zu rechnen.²⁵

Frage 11

Die Interpellanten zitieren aus einem Zeitungsartikel was folgt: „Die Sozialhilfequote²⁶ ist in den Städten und Gemeinden mit Zentrumsfunktion tendenziell höher als anderswo. Auf St.Gallen, Wil und Rorschach trifft dies zu, nicht aber auf Rapperswil-Jona und Gossau.“ Die Anonymität der Zentren kann aus Sicht der Interpellanten daher nicht als alleinige Begründung herangezogen werden. Vielmehr stellt sich aus Sicht der Interpellanten die Frage, weshalb in anderen Gemeinden wie Gossau oder Rapperswil-Jona die Sozialhilfe trotz Zentrumsfunktion tief ist. Diese (Teil-)Frage kann nicht ohne weiteres beantwortet werden. Es

²² Vgl. Postulatsbericht, Ziff. 8.4.

²³ Vgl. Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen vom 20. September 2002 (sGS 381.31); Die Vereinbarung bezweckt gemäss Art. 1, die Aufnahme von Personen mit besonderen Betreuungs- und Förderungsbedürfnissen in geeigneten Einrichtungen ausserhalb ihres Wohnkantons ohne Erschwernisse zu ermöglichen (Abs. 1). Die Vereinbarungskantone arbeiten in allen Belangen der IVSE zusammen. Sie tauschen insbesondere Informationen über Massnahmen, Erfahrungen sowie Ergebnisse aus, stimmen ihre Angebote an Einrichtungen aufeinander ab und fördern die Qualität derselben (Abs. 2).

²⁴ Vgl. Postulatsbericht, Ziff. 8.4.

²⁵ Vgl. Postulatsbericht, Ziff. 8.7.

²⁶ Bei der Sozialhilfequote handelt es sich um den Anteil der Personen, die Sozialhilfe beziehen, an der ständigen Wohnbevölkerung in einer Stadt. In diesem Zusammenhang ist nochmals auf den Kennzahlenvergleich zur Sozialhilfe in Schweizer Städten, Berichtsjahr 2014, 13. Städte im Vergleich (Städteinitiative Sozialpolitik), hinzuweisen. Der Bericht ist im Internet einsehbar unter http://staedteinitiative.ch/cmsfiles/staedteinitiative_kennzahlenbericht_2014_def.pdf.



spielen wohl verschiedene Faktoren eine Rolle – geografische Lage, Wirtschaftsstruktur, soziodemografische Zusammensetzung, Wachstum der Bevölkerung, Wohnungsangebot und Zentrumsfunktion tragen dazu bei, die Attraktivität einer Stadt zu erhöhen. Wesentlich sind namentlich auch besonders günstiger Wohnraum und Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt, aber auch gute Beratungs- und Kinderbetreuungsangebote. Grundsätzlich richten die St.Galler Gemeinden die Sozialhilfe nach den Empfehlungen der VSGP/KOS²⁷ aus. Die Stadt St.Gallen zahlt nicht mehr Sozialhilfeleistungen aus, als dies andere Gemeinden oder Städte tun. Die SDS stehen zudem in regelmässigem Fachaustausch mit angrenzenden Regionen und gleichen sich bei den erbrachten Leistungen ab, um einen Sozialhilfetourismus zu verhindern. Die Stadt St.Gallen kann gegenüber gewissen Landgemeinden insofern attraktiver sein, als sie mehr Anonymität bietet und über ein grösseres Angebot an verschiedenen anderen Leistungen (Kultur, Wohnungsmarkt, Arbeitsmarkt etc.) verfügt.²⁸

Bei der Frage hinsichtlich des Sparpotenzials, wenn die Stadt St.Gallen ihre ausbezahlten Leistungen auf die Leistungen beschränken würde, welche das absolute gesetzliche Minimum sind, verkennen die Interpellanten was folgt: Wer Sozialhilfebeziehende auf das absolute Existenzminimum setzen und einzig Nahrung, Kleidung, Obdach sowie medizinische Hilfe in Notlagen gewährleisten will, riskiert, dass einem Teil der Bevölkerung – darunter auch viele Kinder Jugendliche – sämtliche Teilhabe am gesellschaftlichem Leben verwehrt wird.

Dies dürfte langfristig zu gesellschaftlichen Spannungen führen, deren Folgekosten um einiges höher ausfallen würden als die Differenz zwischen absolutem und sozialem Existenzminimum.²⁹ An diesem Grundsatz darf nicht gerüttelt werden, weshalb sich eine Berechnung des „Sparpotenzials“ bereits vor diesem Hintergrund als nicht zielführend erweist.

²⁷ Der Vereinigung der St.Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten (VSGP) gehören alle Stadt- sowie Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten des Kantons St.Gallen an. Zu den Aufgaben der VSGP gehört es namentlich, die Interessen der Gemeinden zu vertreten und als Träger gemeinsamer Projekte aufzutreten und für die Gemeinden Dienstleistungen zu erbringen. Die St.Gallische Konferenz für Sozialhilfe (KOS) ist ein Fachverband und bezweckt die Förderung von Kompetenz, Koordination und Zusammenarbeit in der öffentlichen privaten Sozialhilfe sowie weiterer vergleichbarer Aufgaben auf kommunaler, regionaler und kantonaler Ebene.

²⁸ Vgl. Postulatsbericht, Ziff. 9.4.6, m.w.H.

²⁹ Das absolute Existenzminimum garantiert im Kern eine menschenwürdige Existenz in einer aus eigener Kraft nicht abwendbaren oder überwindbaren Notlage. Das soziale Existenzminimum fördert die Eigenverantwortung, die Hilfe zur Selbsthilfe und die Teilhabe am Sozial- und Arbeitsleben. Es bleibt die entscheidende Referenzgrösse, womit Ausgrenzung, Verelendung, Kriminalität und Ghettoisierung vermieden werden sollen und ein wesentlicher Beitrag zur Armutsbekämpfung und zur Erhaltung des sozialen Friedens geleistet werden soll.



Frage 12

Die Interpellanten interessieren sich im Wesentlichen für die Fallzahlen der Asylsuchenden und Flüchtlinge bzw. die damit verbundenen Kosten im Bereich der Sozialhilfe. Der Bestand in der Personenkategorie Asylsuchende / Flüchtlinge hat sich von 2009 bis 2014 um 125 Prozent erhöht, jener der ausländischen Personen ist um gut 28 Prozent gestiegen. Die Entwicklung 2014 / 2015 zeigt auf, dass mittelfristig weiter mit einer starken Fallzunahme im Bereich der Sozialhilfe für Asylsuchende und Flüchtlinge zu rechnen ist.³⁰

Frage 13

Fraglich ist aus Sicht der Interpellanten, warum gewisse Kosten in der Finanzbuchhaltung nicht transparent ausgewiesen werden. Insbesondere sei unklar, weshalb in der Rechnung der Stadt ein Konto 411.366 (Sozialhilfeausgaben) und ein Konto 412.366 (Sozialausgaben), welche beide „Beiträge an private Haushalte“ heissen und welche zusammen mit fast CHF 70 Mio. über 10 Prozent der Gesamtausgaben ausmachen, intransparent in zwei Konten „verschachert“ würden. In anderen Gemeinden des Kantons werde offen gelegt, was z.B. das Asylwesen koste, indem die Rechnung eine 4-stellige Gliederung ausweise.

Der Stadtrat räumt ein, dass das Berichtswesen zur Sozialhilfe aufgrund der starken Verdichtung auf dreistellige Konten derzeit zu wenig transparent ist. Als Sofortmassnahme wird daher die bisherige dreistellige Kontostruktur der Kontengruppe 411 auf eine vierstellige, detailliertere Struktur erweitert.³¹ Diese neue Struktur erhöht die Transparenz unmittelbar. Zudem entstehen bei der Umsetzung dieser Massnahme keine substantiellen Mehrkosten.

Der Stadtpräsident:

Scheitlin

Der Stadtschreiber:

Linke

Beilagen:

- Interpellation vom 19. Mai 2015
- Übersicht der neuen Kontostruktur in der städtischen Finanzbuchhaltung (Kontogruppe 411 mit vierstelliger Kontostruktur)

³⁰ Postulatsbericht, Ziff. 9.4.2.m.w.H.

³¹ Vgl. die Übersicht der neuen Kontostruktur in der Beilage. Die Veröffentlichung der Zahlen wird beschränkt durch datenschutz- und persönlichkeitsrechtliche Aspekte. Das Transparentmachen von Zahlen darf jedenfalls nicht dazu führen, dass Rückschlüsse auf bestimmte oder bestimmbare Personen möglich wären.

